

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgebung

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schullinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassakonto Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 30 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Druckerei Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg., im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 147

Donnerstag, den 27. Juni 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

In der Dienstagssitzung des Sächsischen Landtages wurde Dr. Büniger mit 44 von 90 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 12 Zettel waren unbeschrieben.

Der Reichstag nahm am Dienstag das Sperrgesetz der Handwerksbetriebe mit einfacher Stimmenmehrheit an. Abg. Kahl erklärte das Gesetz als verfassungswidrig. Weiter wurde zum Schutze der deutschen Schuhindustrie einer Erhöhung der Schutzzölle zugestimmt.

Die Rheinlandkommission hat alle Randgebungen anlässlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verboten.

Poincaré trat in den Kammerausschüssen dem Wunsche Englands nach Einberufung der bevorstehenden Regierungskonferenz nach London entgegen und bezeichnete die Schweiz als geeigneteren Tagungsort.

Ein Flieger der mexikanischen Bundesstruppen warf in der letzten Minute der Abreise, daß es Luftkondensatoren seien, Bomben auf eine Abteilung Bundesstruppen ab. Ein Offizier und 15 Mann wurden getötet und 15 verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Sachjen.

Wie nach dem Ergebnis der letzten interfraktionellen Beratungen schon anzunehmen war, ist nun endlich im dritten Wahlgang der neue Ministerpräsident in der Person des bisherigen Unterrichtsministers Dr. Büniger gewählt worden, allerdings nach Überwindung von Schwierigkeiten, die sich noch in letzter Minute dadurch ergaben, daß die Demokraten, angeblich wegen der von den Nationalsozialisten aufgestellten Forderung, aus der Front der bisherigen Regierungsparteien auszutreten. Wir haben nun wohl einen neuen Ministerpräsidenten, aber noch keine neue Regierung. Hier gilt es noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn der Ministerpräsident sein Kabinett nur aus den Parteien zusammensetzen wollte, die ihn gewählt haben, dann müßten die Demokraten, die Nationalsozialisten und auch noch der aufwertungspartheiliche Justizminister auscheiden. Dann aber würde die Regierung doch auf zu schwachen Füßen stehen. Es wird wohl zumindest versucht werden, die Demokraten mit einzubeziehen. Hier aber werden voraussichtlich die Nationalsozialisten große Schwierigkeiten machen, die ihrerseits in der letzten interfraktionellen Sitzung ihren Anspruch auf ein Ministerium angemeldet und nochmals betont haben, daß sie den Demokraten weder das Innenministerium noch das Unterrichtsministerium zubilligen wollen.

Immerhin ist durch die Wahl des Ministerpräsidenten nun ein Ausweg aus der verworrenen Lage geöffnet. Es liegt jetzt an den Nationalsozialisten und an den Demokraten, ob sie dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit geben wollen, dem Willen der nichtsozialistischen Wähler entsprechend, eine Regierung auf der alten Grundlage zu schaffen. Die zwei Nationalsozialisten scheinen schon gar nicht mehr damit zu rechnen, in der neuen Regierung vertreten zu sein. Man sagt von dem bisherigen Ministerpräsidenten Heide, daß er große Hoffnung auf den zur Koalition bereiten Gewerkschaftsführer in der sozialdemokratischen Fraktion setze und mit einer Entwicklung in dieser Fraktion rechne, wie sie sich schon einmal vollzogen hat und zur Absonderung der bekannten 23 führte. Herr Heide will sich offenbar für diesen Fall bereithalten. Gerne ist er jedenfalls von seinem Posten nicht abgetreten.

An den Wandelgängen wurde nach der Wahl lebhaft die Mitteilung verbreitet, Herr Heide wolle gegen die Gültigkeit der Wahl Dr. Bünigers Einspruch beim Staatsgerichtshof erheben. Das ist aber, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Herr Heide hat vielmehr schon angekündigt, daß er sich am Mittwoch offiziell als Ministerpräsident verabschieden wolle.

Von welchen Zufälligkeiten der Bestand des neuen Kabinetts abhängen kann, das zeigen die Umstände und Zustimmlichkeiten, die schließlich zur Wahl Dr. Bünigers am Dienstag führten. Dr. Büniger verbandt seine Wahl in Wirklichkeit nicht etwa der Einigkeit auf bürgerlicher Seite, sondern der Zerfahrenheit im marxistischen Lager. Zunächst natürlich dem Umstand, daß die Kommunisten wieder 12 weiße Stimmzettel abgaben und dadurch die Mehrheitsziffer erheblich herabdrückten. Den Ausschlag aber gab ein ganz unvorhergesehenes Ereignis: Die NSD. wurde in der letzten interfraktionellen Sitzung durch den Abg. Buch vertreten, der sich im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Heide zu der Auffassung bekannte, daß weiße Stimmzettel bei der Berechnung

der Mehrheitsverhältnisse nicht mitzuzählen seien. Weil er diese Auffassung in der interfraktionellen Sitzung vertreten hatte, stimmte er dann bei der Frage des Präsidiums über die Gültigkeit der Wahl Dr. Bünigers ebenfalls, im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Heide, mit ja, wodurch das Stimmenverhältnis von 49 zu 47 zustande kam. Hätte Buch ebenso wie Heide gestimmt, dann wäre Stimmgleichheit herausgekommen, und es hätte festgestellt werden müssen, daß im Landtag eine Mehrheit für die Gültigkeit der Wahl Dr. Bünigers nicht vorhanden war.

Übrigens verlautet, daß man in antisozialistischen Kreisen dem Abg. Buch diese Haltung in der Abstimmung sehr übel nimmt und daß dort allen Ernstes die Frage erwogen wird, den Abg. Buch dieserhalb zur Niederlegung seines Landtagsmandats aufzufordern.

Der neue und der scheidende Ministerpräsident.

Der neue Ministerpräsident Dr. h. c. Wilhelm Büniger ist 1870 in Eiterwerda geboren, also von Geburt kein Sachse, sondern Preuße, wie auch sein Vorgänger Heide. Er studierte die Rechte, war bei verschiedenen preussischen Staatsanwaltschaften tätig, 1911 kam er als Reichsgericht. Den Krieg machte er als Bataillonsführer und später als Hauptmann beim Generalstab mit, 1919 bis 1924 war er Reichsanwalt, vom 3. Januar 1924 bis 30. Juni 1927 war er Justizminister, trat dann aber zurück, als seine Partei bei der Umbildung des Kabinetts Heide einen Ministerposten abgeben mußte. Sein Nachfolger wurde Dr. von Hummel. Am 1. Februar d. J. wurde Dr. Büniger Volkswirtschaftsminister als Nachfolger des zurückgetretenen Dr. Kautz. Dem Landtag gehört er seit 1920 an mit einer kurzen Unterbrechung von Anfang dieses Jahres bis zum 11. Mai. Dem neuen Landtag gehört er als Spitzenkandidat für Weipzig an. Die juristische Fakultät der Leipziger Universität hat ihn zum Ehren doktor ernannt. Er steht auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei.

Ministerpräsident Heide, dessen Laufbahn als Minister einsteigen — und vielfach endgültig — abgelehnt ist, ist 1872 in Potsdam geboren, wurde Metallarbeiter, dann Gewerkschaftssekretär und 1909 in den Landtag gewählt, dem er bis 1928 und wieder seit Mai d. J. angehört. Er wurde am 1. November 1918 Minister ohne Portefeuille, aber nach acht Tagen verlor er infolge der Revolution dieses Amt wieder. Im Januar 1919 wurde er Arbeitsminister und später Finanzminister. Mit einer kleinen Unterbrechung im Oktober 1923, als die Kommunisten in die Reigener Regierung eintraten, ist er ununterbrochen seit 1919 Minister gewesen, kann also auf ein mehr als zehnjähriges Ministerdasein zurückblicken.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht die zweite Beratung des Sperrgesetzes für Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten.

Der Rechtsausschuß hat die Vorlage dahin geändert, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht gelten sollen für Renten, deren derzeitige Bezugsberechtigten Gemeinden, Universitäten oder sonstige Unterrichts- oder Erziehungsanstalten, Kirchengemeinschaften, Unterstützungskassen, Waisenhäuser, Krankenhäuser oder ähnliche gemeinnützige Unternehmungen sind.

Rechtsjustizminister v. Gustedt erklärt: Dieses Gesetz entspricht einer Notwendigkeit, die früher von allen Parteien anerkannt worden ist. Die Erregung weiterer Volkstriebe darüber ist begreiflich, daß eine ungeheure Aufwertung verfügt wurde für Renten, die auf mittelalterlicher Grundlage beruhen. Es handelt sich um rund 9000 ältere Renten, die einen Aufwand von insgesamt neun Millionen Mark erfordern. Davon entfallen etwas weniger als zwei Millionen Mark auf Standesherren. Die Regierung konnte es nicht verantworten, wenn vor der in nächster Zeit zu erwartenden gesetzlichen Neuregelung der Materie noch einzelne Rechtsstreitigkeiten nach dem geltenden Recht entschieden werden, so daß sie von dem neuen Gesetz nicht berührt würden. Darum ist das vorliegende Sperrgesetz eine Notwendigkeit. Die Frage, ob das vorliegende Gesetz verfassungsändernd sei, ist bei der Beratung der früheren gleichartigen Gesetze kaum erörtert worden. Im Rechtsausschuß ist vielmehr vom Abg. Dr. Pfeiffer festgestellt worden, daß ein solches Sperrgesetz keine Verfassungsverletzung darstelle. Diese Feststellung muß auch für das vorliegende Sperrgesetz zutreffend sein. Das Gesetz hat meines Erachtens keinen verfassungsändernden Charakter.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Vpt.) widerspricht dem Rechtsjustizminister in der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Vorlage. Das Sperrgesetz sei tatsächlich verfassungswidrig. Diese Meinung vertritt auch der bekannte Rechtslehrer Triefel. Dr. Kahl verliest einen Brief, in dem Triefel ausführt, die Annahme des Sperrgesetzes mit einfacher Mehrheit würde ein schwerer Schlag

gegen die Verfassung sein. Das Sperrgesetz verstoße gegen die Artikel 109 (Rechtsgleichheit aller Deutschen) und gegen Artikel 105 der Verfassung, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Die generelle Fassung des Gesetzes sei nur eine Verhüllung der Tatsache, daß man damit nur eine Anzahl bestimmter Personen treffen wolle.

Paragraph 1 der Vorlage wird angenommen. Der Antrag der Volkspartei auf Ausschaltung der Schiedsgerichtsverfahren wird abgelehnt. Paragraph 2 des Gesetzes wird in der Ausföhrung mit 197 gegen 149 Stimmen angenommen. Der Antrag Heilmann, die Bemerkung über den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes aus der Einleitung zu streichen, wird ebenfalls nach Ausföhrung mit 188 gegen 171 Stimmen angenommen. Damit ist das Sperrgesetz mit einfacher Mehrheit angenommen.

In der nunmehr folgenden dritten Beratung über die Verlängerung des Republikshutzgesetzes protestieren die Kommunisten gegen die Verbote kommunistischer Zeitungen, und die Nationalsozialisten bemerken, daß sie selbst kein Schutzgesetz brauchen würden, sie würden die Verräter legal aufhängen. Die Abstimmung wird auf Donnerstag vertagt.

Der deutsch-estnische Handelsvertrag geht ohne Debatte an den Handelspolitischen Ausschuß. In der zweiten Beratung des Zusatzabkommens zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag, die mit der Beratung über die Vorlage zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und der Entschlieung des Handelspolitischen Ausschusses, in der Zollerhöhungen für Schuhe verlangt werden, verbunden ist, entspinnt sich zunächst eine rechte lebhaft Debatte über die Redegelt. Man einigt sich schließlich auf 30 Minuten. Die Kommunisten protestieren gegen die Erhöhung der Schutzzölle, während die Nationalsozialisten es als eine nationale Selbstverständlichkeit bezeichnen, die Schutzzölle zu erhöhen. Auch der Abg. Simon-Franken (Soz.) gibt zu, daß die Lage in der Schuhindustrie recht schlecht ist, daß aber dieser Zustand durch Zollerhöhungen allein nicht gebessert werden könne. Die Sozialdemokraten würden dem deutsch-schweizerischen Zusatzabkommen zustimmen, aber die Entschlieung über die Schutzzölle ablehnen. In dritter Beratung wird daraufhin das Zusatzabkommen angenommen, wie auch die Ausschüßentschlieung für Erhöhung der Schutzzölle. In zweiter und dritter Beratung wird dann der Entwurf über die Ratifikation der internationalen Vereinbarungen über die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Knochen in Ausführung der Empfehlungen der Wirtschaftskonferenz angenommen. Die Anträge auf Aenderung des Zucker- und Biersteuergesetzes werden dem Steuerauschuß überwiesen.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlagen die dritte Beratung des Sperrgesetzes, die Abstimmung zum Republikshutzgesetz und die dritte Sitzung des Staats und Zollanträge.

Das Agrarzoll-Programm.

Berlin, 26. Juni. (Eigene Meldung.) In diesem Mittwoch bereits will der Reichstag an die Frage der Zollerhöhungen für die Landwirtschaft herangehen und sie möglichst verabschieden. Bis zum letzten Augenblick gehen aber über das, was man will, die Verhandlungen hin und her. Raum ist der sogenannte Monopolausschuß fertig gewesen, als interfraktionelle Besprechungen und Beratungen des handelspolitischen Ausschusses einsetzten. Bis zur letzten Minute werden sie fortgesetzt, und dazwischen gibt es dann immer noch Besprechungen zwischen den Mitgliedern des Kabinetts, den landwirtschaftlichen Sachverständigen der Fraktionen und den Führern der Regierungsparteien. So ist in diesem Augenblick noch nicht klar zu erkennen, was sich im Reichstag wird durchsetzen lassen. Aber soweit scheint schon festzustehen, daß es nicht sehr viel ist.

Verhältnismäßig reibungslos sind die Verhandlungen über die Kartoffelzölle abgegangen, die auf 4.— RM für Frühkartoffeln und auf 2.— RM für Spätkartoffeln erhöht werden sollen. Hier hatte auch die Sozialdemokratie keine wesentlichen Einwendungen. Anders ist es beim Butterzoll. Hier wollen sich die Sozialdemokraten nicht auf den Vorschlag der Regierung, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, festlegen, wonach der Zoll für vier Jahre 50 M. für das nächste Jahr 40 M. und später 30 M. betragen soll. Voraussetzung für eine Erhöhung wäre allerdings eine Aenderung des finnischen Handelsvertrages, in dem der Butterzoll mit 27,50 M. gebunden ist. Doch auch hierüber hat man sich nicht einigen können. Die Zölle für lebendes Rindvieh, die heute 16 M. betragen, sollen auf 22,50 M. erhöht werden, um sich